

Antisemitismus und Meinungsfreiheit in Deutschland

– eine Weiterführung zur Publikation der EAiD nach dem 7. Oktober 2023 –

von Rolf Freudenberg, Pfr. i.R.

(Vorsitzender des EAiD-Landesverbands Pfalz-Saar und Leiter des AK Israel/Palästina)

(auf dem Nachrichtenstand vom 15.02.2024)

Eine friedliche Lösung des Konfliktes Israel-Palästina ist in weite Ferne gerückt

Nach dem Massaker der Hamas vom 07. Oktober 2023 und den darauf folgenden Vergeltungsaktionen des israelischen Militärs in Gaza zeigt sich mit brutaler Klarheit, dass Konflikte dramatisch eskalieren können, wenn sie nicht rechtzeitig geklärt werden. Es gab in der Vergangenheit mehrere Ansätze zur De-Eskalation und zur friedlichen Lösung des Konfliktes Israel-Palästina. Im Gefolge der Machtübernahme der Hamas in Gaza vor 15 Jahren und im Gefolge der weiteren Landnahme israelischer Siedler auf Kosten von Palästinensern im Westjordanland, um nur diese zwei Entwicklungslinien anzudeuten, rückte eine friedliche Lösung des Konfliktes immer weiter in die Ferne.

An der neuerlichen Eskalation zeigt sich aber auch, wie wichtig eine öffentliche Diskussion des Konfliktes ist. Die lautstarken Sympathiekundgebungen für die Hamas dürfen nicht die einzigen Plattformen sein, an denen die Mitverantwortung israelischer Politik an diesem blutigen Dauer-Konflikt zur Sprache kommt. Die Gräueltaten der Hamas gutzuheißen und dem Staat Israel die Existenzrechte abzusprechen sind völlig inakzeptable Äußerungen und stellen Antisemitismus in übelster Form dar. Die öffentliche Diskussion über politische Haltungen und Entscheidungen der israelischen Regierung gegenüber Palästinensern/innen dürfen deshalb nicht diesen radikalen Kräften überlassen werden.

Die Würde des Menschen ist unantastbar

Klar ist auch: es muss alles dafür getan werden, dass Jüdinnen und Juden in unserem Land sich weiterhin sicher fühlen – sie gehören zu Deutschland wie die Protestanten, die Katholiken, die Atheisten und seit einiger Zeit auch die Muslime. Kulturelle Vielfalt ist für unser Land ein starkes Zeichen für eine gute Zukunft, in der Menschen mit Herkunft aus unterschiedlichen Regionen und Kulturen, mit unterschiedlichen religiösen Einstellungen und Wertvorstellungen friedlich zusammenleben können. „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“ sagt dazu Art. 1 Grundgesetz.

Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten.

Für die Achtung der Würde aller Menschen bilden grundsätzliche Wertschätzung und vielfältiges Wissen über den/die anderen wesentliche Voraussetzungen – ergänzt durch Begegnung und Gespräch. Die Garantie der Informations- und Meinungsfreiheit durch Art. 5 des Grundgesetzes bietet dafür die wesentliche Grundlage.

Auf der Basis von Informations- und Meinungsfreiheit können wir Anteil nehmen an den gesellschaftlich-politischen Entwicklungen in aller Welt und sind nahezu life dabei, wenn sich in verschiedenen Regionen dieser Erde Krisen entwickeln, wenn sie sich verändern oder gelöst werden können. Die freie und unabhängige Berichterstattung in den verschiedenen Medien stellt dabei die wesentliche Voraussetzung für unsere Meinungsbildung dar und wir

sollten sie uns von niemandem nehmen lassen. So ist es hierzulande möglich, unabhängige Informationen abzurufen über politische Entwicklungen in Staaten bzw. Regionen, die überwiegend protestantisch geprägt sind, oder katholisch, oder muslimisch, oder buddhistisch, oder hinduistisch, oder auch in Ländern, die sich selbst als a-religiös verstehen. Will sagen: die Religionen spielen keine Rolle bei der Freiheit der Medien – anders als in anderen Regionen der Welt gibt es bei uns keine religiöse Instanz, die über die Weiterleitung und Diskussion von Nachrichten aus anderen Ländern zu entscheiden hätte. Ein hohes Gut, das wir uns durch Extremisten oder Populisten nicht streitig machen lassen. Dass die Auseinandersetzungen um politische Standpunkte bisweilen sehr hart geführt werden ist kein Fehler des Systems, sondern der Nachweis für die Funktionsfähigkeit der Demokratie.

Die Menschenrechtserklärung bildet die Norm zur Unterscheidung von Recht und Unrecht

Auch für die Beurteilung und die Diskussion von Konflikten in anderen Ländern gelten bei uns nicht religiöse, parteipolitische, oder ideologische Maßstäbe, Überzeugungen oder Traditionen, auch wenn sie in vielen Konfliktlagen natürlich eine Rolle spielen. Den Maßstab für die Identifizierung von Recht und Unrecht gibt die Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen, die am 10.12.1948 als Reaktion auf die Barbarei des zweiten Weltkrieges unterzeichnet wurde. Auf dieser Grundlage können hierzulande Diskussionen über Recht oder Unrecht bei Konflikten in allen Ländern dieser Erde geführt werden – öffentlich und ohne Behinderung, solange sie nicht verfassungsfeindlich ausarten.

Wir nehmen Anteil an dem Leid der Menschen in Israel und Gaza

Eine besondere Rolle im Transfer von Informationen und bei öffentlichen Diskussionen spielen in unserem Land alle Entwicklungen in Israel – die Bemühungen um die Pflege einer guten Partnerschaft mit Israel ist uns besonders wichtig auf Grund des millionenfachen Mordes an Juden, der in Nazi-Deutschland begangen worden ist. Da religiöse Themen für den Holocaust missbraucht wurden (Antisemitismus) spielt bei Diskussionen über Entwicklungen in Israel und im Judentum weltweit auch Religion eine gewichtige Rolle. Das Versagen des Christentums gegenüber dem Judentum ist eine historische Tatsache, die Gründung des Staates Israel 1948 eine Reaktion auf dieses dunkelste Kapitel in der Geschichte der Menschheit und des Christentums und die Unterstützung zur Bewahrung dieses Staates gehört zu den herausragenden Pflichten unseres Landes (Staatsräson). Dem entspricht innenpolitisch der Kampf gegen Antisemitismus, der in Deutschland (und weltweit) keinen Platz hat.

Mit Blick auf Israel/Palästina ist natürlich zurzeit (Februar 2024) ganz klar: viele Menschen hierzulande nehmen großen Anteil an dem Leid, das durch den Hamas-Überfall am 07.10.2023 über zahlreiche Israelis, Menschen aus anderen Staaten und ihren Angehörigen gebracht wurde. Zugleich nehmen aber auch – informiert durch die freie Berichterstattung in unseren Medien – sehr viele Menschen Anteil an dem Leid, dem die Bewohner/innen in der Gaza-Zone durch die Vergeltungsmaßnahmen des israelischen Militärs ausgesetzt sind.¹

¹ Nebenbei bemerkt: die Landnahme israelischer Siedler im Westjordanland auf Kosten von palästinensischen Eigentümern gerät dabei hierzulande aus dem öffentlichen Blickfeld – sie verursacht allerdings schon seit Jahrzehnten vielfältiges Leid und spielt eine große Rolle im israelisch-palästinensischen Konflikt.

Es darf angenommen werden, dass die in Deutschland bestehende Empathie im Zusammenhang mit dem aktuellen Krieg in Nahost durchaus beiden Gruppen gilt – den Israelis wie den Palästinensern. Die, die den Überfall der Hamas gutheißen, bilden sicherlich eine kleine Minderheit in unserem Land. Sie sehen sich dem Vorwurf ausgesetzt, gemeinsam mit Hamas das Existenzrecht Israels infrage zu stellen und auf der Grundlage der Jerusalemer Erklärung als antisemitisch beurteilt zu werden (s.o.).

Die Sorge um die Menschenrechte von Palästinensern/innen ist nicht per se antisemitisch

Nicht als per se antisemitisch eingestuft werden dürfen die, die sich um die Menschenrechte von Palästinensern sorgen, die zur Zeit in Gaza ihres Lebens nicht mehr sicher sind, unter Bombardements durch israelisches Militär leiden und nicht wissen, wo und wie sie wohnen und sich ernähren können. Wer den Palästinensern/innen in Gaza vorhält, dass sie ja mehr als fünfzehn Jahre lang die Herrschaft der Hamas in Gaza gebilligt hätten, denkt zu kurz und berücksichtigt nicht die allgemeinen und politischen Verhältnisse in der Region mitsamt ihren durch israelische Politik vorgegebenen Rahmenbedingungen und ihren Verflechtungen mit anderen Mächten in Nahost bis hin zu den Großmächten dieser Welt und der Ohnmacht der Vereinten Nationen.

Den Menschen in Gaza Hilfslieferungen zur Aufrechterhaltung ihrer Existenz zu versagen, flächendeckende Zerstörung von Gebäuden und Infrastruktur und die Tötung von tausenden Zivilisten zu billigen dürfte allen, denen die Einhaltung der Menschenrechte wichtig sind, eigentlich nicht möglich sein. Wer damit argumentiert, dass nur mit diesen militärischen Maßnahmen, von denen wir seit Wochen erfahren und die immer weiter eskalieren, eine Vernichtung der Hamas möglich und die Zukunft für ein friedliches Leben in Israel zu sichern seien, muss in der Lage sein, kritische Rückfragen zu beantworten. Massive Menschenrechtsverletzungen, wie wir sie seit Monaten und mit zunehmender Härte in Gaza zur Kenntnis nehmen, wurden und werden in anderen Krisenregionen dieser Welt oft und zu Recht heftig kritisiert. Dem entsprechend hat die Republik Südafrika am 29.12.2023 Klage gegen Israel beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag (IGH) eingereicht und wirft Israel Völkermord an der Bevölkerung in Gaza vor. Der IGH hat in der Sache noch nicht entschieden, fordert aber (sinngemäß) Israel dringend dazu auf, das Leben der Menschen in Gaza zu schützen.

Für Menschenrechtsverletzungen besteht hierzulande hohe Sensibilität

Es kann nicht ausbleiben, dass in der deutschen Öffentlichkeit über die Menschenrechtsverletzungen durch die Hamas am 07. Oktober und durch israelisches Militär in den darauf folgenden Vergeltungsmaßnahmen in Gaza diskutiert wird. Für die Verletzung von Menschenrechten besteht hierzulande eine hohe Sensibilität. Das zeigt zum Beispiel wieder die aktuelle Bertelsmann-Studie „Jung. Kritisch. Demokratisch“ auf, in der die Einstellungen junger Menschen zu Staat und Demokratie erforscht werden. Dort wird berichtet über die Sorgen, die sich junge Menschen für die Zukunft machen ² Erfreulich ist aus meiner Sicht, dass 51% der Befragten angaben, dass sie sich große Sorgen um die Verletzung von Menschenrechten machen – erst mit etwas niedrigeren Prozentpunkten folgen die Themen Klimawandel, sexuelle Belästigung und Kindesmissbrauch bzw. Vernachlässigung.

² <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/jung-kritisch-demokratisch>

Anzumerken ist in diesem Zusammenhang, dass es über die Jahrzehnte hinweg gerade die evangelischen Kirchen waren, die sich den Einsatz gegen Menschenrechtsverletzungen zu Eigen gemacht haben: gegen die Unterdrückung der `Schwarzen´ in den USA, gegen die Apartheid in Südafrika („Kauft keine Früchte aus Südafrika!“) – um nur diese zwei Beispiele zu nennen. Auch die Evangelische Akademikerschaft in Deutschland (EAiD) hat im Laufe ihres nunmehr 70-jährigen Bestehens häufig Themen aufgenommen und öffentlich diskutiert, bei denen die Menschenrechte und ihre Verletzung im Vordergrund standen: innerhalb des eigenen Landes (z.B. Frauenrechte), aber auch weltweit (Chile, Südafrika etc.).

Die EAiD wendet sich gegen den Vorwurf, Kritik an israelischer Politik sei per se antisemitisch

Die Vorhaltung, Kritik an den Menschenrechtsverletzungen Israels gegenüber Palästinensern/innen sei dämonisierend, verfolge Doppelstandards und delegitimiere die Staatlichkeit Israels – sei also antisemitisch – entbehrt in diesem Zusammenhang jeder Grundlage und bietet keinen Anlass, öffentliche Veranstaltungen zum Konflikt Israel/Palästina zu behindern, wie es in der jüngsten Vergangenheit des Öfteren vorgekommen ist³. Gerade im Kampf gegen Antisemitismus in unserem Land hat die Auseinandersetzung mit politischen Entwicklungen im Staat Israel durchaus ihren Platz, solange sie sich an der „Jerusalem Erklärung zum Antisemitismus“ von März 2021 orientiert, die sich als Präzisierung und Weiterführung der Antisemitismusdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) von 2016 versteht⁴.

Um es noch einmal klar zu sagen: öffentliche Veranstaltungen und Demonstrationen in unserem Land, bei denen die Existenz Israels infrage gestellt wird, sind nicht zu akzeptieren. Aber auf der Grundlage unseres grundgesetzlich garantierten Rechtes auf Informations- und Meinungsfreiheit muss es möglich bleiben, zu öffentlichen Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen einzuladen, die sich mit den aktuellen Entwicklungen in Israel/Palästina/Gaza befassen. Es muss auch möglich bleiben, dass bei derartigen Veranstaltungen Redner/Rednerinnen zu Wort kommen, die sich kritisch zu politischen und/oder militärischen Entscheidungen der Regierung in Israel aussprechen und beispielsweise Menschenrechtsverletzungen gegenüber Palästinensern/innen ansprechen.

Wie hierzulande mit der Meinungsfreiheit umgegangen wird, wenn es sich um den seit Jahrzehnten ungelösten Konflikt Israel – Palästina handelt, haben wir in der Evangelischen Akademikerschaft in Deutschland e.V. (EAiD) in unserer Publikation „Antisemitismus und Meinungsfreiheit in Deutschland“ aufgearbeitet. In unserer Schrift von Mai 2023⁵ nehmen wir Bezug auf die seit Jahren zu beobachtenden Versuche, öffentliche Veranstaltungen zu behindern oder gar zu verbieten, die sich kritisch mit Menschenrechtsverletzungen durch israelische Politik gegenüber Palästinensern/innen befassen. Häufig wurde der Vorwurf erhoben, diese Veranstaltungen seien per se antisemitisch. Die EAiD stellt diese Pauschalierung infrage und ruft dazu auf, derartige Veranstaltungen auf der Grundlage des Rechtes auf freie Meinungsäußerung nicht zu behindern.

³ <https://www.palaestina-portal.eu/Anlagen/AT.pdf>

⁴ https://jerusalemdeclaration.org/wp-content/uploads/2021/03/JDA-deutsch-final.ok_.pdf

⁵ <https://www.ev-akademiker.de/buchveroeffentlichung-antisemitismus-und-meinungsfreiheit-in-deutschland-ein-diskussionsbeitrag-der-eaid/>

Versuche zur Behinderung öffentlicher Veranstaltungen zum Konfliktfeld Israel-Palästina gehen weiter: Beispiel Mannheim

Die Versuche, öffentliche Veranstaltungen zu dieser Problematik zu behindern, setzen sich aber leider immer noch fort, wie sich ein Blick auf aktuelle Entwicklungen in Mannheim zeigt.

Für den 23.01.2024 hatte die Nahost-Gruppe Mannheim⁶ zu einer Vortrags- und Diskussionsveranstaltung mit der Autorin Charlotte Wiedemann eingeladen mit der Überschrift „Den Schmerz der Anderen begreifen – zu Holocaust und Weltgedächtnis“⁷. Die Schriftstellerin hatte 2022 ihr ebenso betitelt Buch⁸ herausgegeben, in dem sie unter anderem fragt: „Gelten aus deutscher Perspektive womöglich nur die jüdischen Opfer als ein gleichwertiges Gegenüber?“⁹ Dem Buch „traut Brumlik zu, verhärtete Fronten zu lockern“¹⁰

Die Stadt Mannheim und die Jüdische Gemeinde Mannheim haben geprüft, ob die Veranstaltung kurzfristig abgesagt werden kann mit dem Argument, dass der Veranstalter eine antiisraelische Organisation darstelle¹¹. Die Mannheimer Nahost-Gruppe verweist allerdings darauf, dass sie „im Einklang mit der ‚Mannheimer Erklärung für ein Zusammenleben in Vielfalt‘ (steht) und ... in diesem Sinne gegen jede Art von Diskriminierung (eintritt)“¹². Dem „Mannheimer Bündnis für ein Zusammenleben in Vielfalt“¹³, das die vom Gemeinderat im Jahre 2016 beschlossene Erklärung auf den Weg gebracht hatte, gehören 363 Organisationen an, unter anderem auch die Jüdische Gemeinde. Aus rechtlichen Gründen war dann letztlich eine Untersagung der Veranstaltung jedoch nicht möglich. Aus der Jüdischen Gemeinde hat niemand an der Veranstaltung teilgenommen.

Ein völlig anderes Bild zeigt sich bei der kurz darauf am 30.01.2024 stattfindenden Veranstaltung „Neue Gräben, alte Konflikte: Was läuft schief seit dem 7. Oktober?“¹⁴, die in der Reihe „Mannheimer Reden“ vom Nationaltheater Mannheim und dem Heidelberger Bildungs- und Gesundheitsunternehmen SRH auf den Weg gebracht wurde und in Kooperation mit der Jüdischen Gemeinde stattfand. In der Ankündigung für diese Veranstaltung wurde gefragt: „Was läuft schief, wenn Jüdinnen und Juden Angst davor haben müssen, sich im öffentlichen Raum zu zeigen, wenn Musliminnen und Muslime sich unter Generalverdacht gestellt fühlen, wenn (fehlende) Zeichen der Solidarität und der Anteilnahme selbst zum Politikum werden? Welche Rolle spielen jüdische und muslimische Communities in Deutschland in diesem Konflikt, und welche die weder jüdische noch muslimische deutsche Mehrheit? Warum fühlen sich so viele Menschen von den gegenwärtigen Ereignissen im Nahen Osten persönlich betroffen? Und wie können wir gemeinsam eine Sprache finden, die die Trauer der einen nicht gegen den Schmerz der anderen ausspielt?“ Zum Gespräch standen zur Verfügung die Muslima Saba-Nur Cheema

⁶ <https://mannheimnahost.wordpress.com/>

⁷ <https://kommunalinfo-mannheim.de/Veranstaltung/charlotte-wiedemann-den-schmerz-der-anderen-begreifen/>

⁸ <https://www.amazon.de/Schmerz-Anderen-begreifen-Weltged%C3%A4chtnis-Erinnerungskultur/dp/3549100493>

⁹ <https://www.deutschlandfunkkultur.de/charlotte-wiedemann-den-schmerz-der-anderen-begreifen-holocaust-und-weltgedaechtnis-propylaeen-100.html>

¹⁰ <https://www.perlentaucher.de/buch/charlotte-wiedemann/den-schmerz-der-anderen-begreifen.html>

¹¹ https://www.mannheimer-morgen.de/orte/mannheim_artikel,-mannheim-umstrittene-lesung-und-diskussionsrunde-zum-holocaust-verlaeuft-respektvoll- arid,2168964.html

¹² <https://mannheimnahost.wordpress.com/nahostgruppe-mannheim/>

¹³ <https://www.einander-manifest.de/mannheimer-erklaerung-fuer-ein-zusammenleben-in-vielfalt.html>

¹⁴ <https://www.nationaltheater-mannheim.de/spielplan/a-z/mannheimer-reden-januar/>

und der Jude Meron Mendel – als Ehepaar setzen sie sich gemeinsam für eine plurale Gesellschaft ein und schreiben (unter anderem) die monatliche Kolumne »Muslimisch-jüdisches Abendbrot« in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Innerhalb weniger Tage fanden also in Mannheim zwei Veranstaltungen mit Themen statt, die vergleichbar sind. Bei der einen wurde von Seiten der Stadt und der Jüdischen Gemeinde versucht, sie zu verhindern, bei der anderen trat die Jüdische Gemeinde als Kooperationspartner auf.

Hintergründe zum Streit in Mannheim

Warum kam es zu der Intervention gegenüber der Veranstaltung vom 23.01.2024? Laut Pressebericht im Mannheimer Morgen vom 24.01.2024¹⁵ kritisiert die Jüdische Gemeinde, dass die Mannheimer Nahost-Gruppe, die man als antiisraelisch einordnet, mit der Gruppierung „Free Palestine“ zusammenarbeite – „derselben Gruppe, die uns bei unseren öffentlichen Veranstaltungen beschimpft und ihren Antisemitismus uns gegenüber öffentlich ausdrückt.“ Auch bezieht sich der Einspruch der Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Heidrun Deborah Kämper auf den Flyer zur Veranstaltung, der auf eine „die geschichtlichen Tatsachen zu Lasten Israels verfälschende Darstellung und Haltung schließen“ lasse. Zudem sei eine „Holocaustverharmlosung“ festzustellen, wenn „Shoa und Nakba“ – der Holocaust mit der Vertreibung von Palästinensern aus dem britischen Mandatsgebiet – gleichgesetzt würden. Die Empörung der Gemeinde richte sich in diesem Zusammenhang insbesondere auch gegen die Formulierung „moralische Asymmetrie“. Kemper fährt fort: „Damit auch das klar ist: Damit unterstellen wir jedoch Frau Wiedemann keineswegs Antisemitismus“. Vielmehr beobachte sie immer wieder, dass nicht betroffene Intellektuelle aus wissenschaftlicher Sicht eine andere Wahrnehmung hätten als Menschen jüdischen Glaubens (zitiert: vgl. Anm. 14)

Ängste der jüdischen Gemeinden müssen ernst genommen werden

Wir sind in der Evangelischen Akademikerschaft bei der Erstellung unserer Publikation „Antisemitismus und Meinungsfreiheit in Deutschland“ solchen und ähnlichen Argumenten für die Behinderung oder Absage von öffentlichen Veranstaltungen häufig begegnet. Ich will mit meinen weiteren Ausführungen diese Kritik von Seiten Jüdischer Gemeinden (und anderer) nicht einfach übergehen – die Bedenken dürften authentisch sein. Sie spiegeln die Befürchtung, dass in Veranstaltungen zur Kritik an Menschenrechtsverletzungen durch die israelische Politik gegenüber Palästinensern/innen unterschwellig oder gar offen die Existenz des Staates Israel in Frage gestellt wird, und es ist davon auszugehen, dass es zu entsprechenden Entgleisungen auch schon gekommen ist.

Gerade in Deutschland müssen derartige Befürchtungen deshalb sehr ernst genommen werden. Die Zahl von antisemitischen Übergriffen steigt in unserem Land an trotz aller Bemühungen um Aufarbeitung und Klärung der Geschichte des Holocaust in den Medien, in Politik, Kirche, Kultur etc. – Populismus und Rechtsorientierung bilden einen gefährlichen Boden dafür. Deshalb gilt es, im Vorfeld von entsprechenden Veranstaltungen alles dafür zu unternehmen, dass Entgleisungen und ein Niedergang der Gespräche in Richtung antisemitische Provokationen weitestgehend ausgeschlossen werden. Die Behinderung oder gar das Verbot einer Veranstaltung sind allerdings nicht dazu geeignet, die weitere

¹⁵ https://www.mannheimer-morgen.de/orte/mannheim_artikel,-mannheim-umstrittene-lesung-und-diskussionsrunde-zum-holocaust-verlaeuft-respektvoll- arid,2168964.html

Verbreitung von antisemitischen Stimmungen in unserem Land zu verhindern – sie befördern eher den Verdacht, dass Menschenrechtsverletzungen vertuscht oder totgeschwiegen werden sollen.

Die Mehrheit lehnt in Deutschland Antisemitismus ab und setzt auf Multikulturalität

Gewiss: die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung lehnt alle Formen von Antisemitismus ab. Zu diesem Ergebnis kommt die Konrad Adenauer Stiftung in ihrer Studie „Antisemitische Einstellungen in Deutschland“ von Juli 2023. Hier die Zusammenfassung der Ergebnisse: Zitate:

- a) Eine große Mehrheit der deutschen Bevölkerung lehnt antisemitische Aussagen entschieden ab. Die Zustimmung fällt mit Werten von 2 bis 6 Prozent zu einzelnen antisemitischen Aussagen gering aus.
- b) Erhöhte Zustimmung findet sich unter Personen mit niedrigem formalem Bildungsabschluss, unter Menschen mit muslimischem Glauben und/oder Migrationshintergrund sowie innerhalb der AfD-Anhängerschaft.
- c) Personen mit links- und rechtsextremistischen Einstellungen weisen signifikant häufiger antisemitische Einstellungen auf. Der Effekt fällt allerdings stärker bei einer Neigung zu rechtsextremistischen Einstellungen aus.
- d) Verschwörungsglaube und klassischer Antisemitismus sind verknüpft. Personen, die an die Existenz geheimer Mächte glauben, stimmen überdurchschnittlich dem antisemitischen Vorurteil zu, dass „reiche Juden die eigentlichen Herrscher der Welt sind“¹⁶

Die überwiegende Mehrheit der bundesrepublikanischen Bevölkerung setzt sich also für eine kulturell-religiöse Vielfalt in unserem Land ein, wie es auch die aktuellen Großdemonstrationen gegen die AfD und gegen rechten Populismus zeigen. Aber reicht diese Feststellung aus, Befürchtungen in jüdischen Kreisen zu zerstreuen? Es ist zwar richtig und sehr erfreulich, dass das Judentum zu Deutschland gehört – aber die Hintergründe und Motive für den seit Jahrhunderten in Europa und gerade auch in Deutschland grassierenden Antisemitismus scheinen mir noch nicht genügend aufgearbeitet und öffentlich diskutiert.

Im Hintergrund des deutschen Antisemitismus stehen nicht nur die uralten Verdächtigungen, Juden/Jüdinnen seien verantwortlich für Missernten, Hunger und Katastrophen, und sie hätten sich jahrhundertlang auf Kosten anderer bereichert. Diese Verdächtigungen lassen sich mit relativ klaren Argumenten aus dem tatsächlichen Verlauf der Geschichte rasch aufklären.

Wurzeln für Antisemitismus in Deutschland liegen auch im religiösen Bereich

Die Wurzeln für Antisemitismus sitzen viel tiefer – im religiösen Bereich. Und mögen auch heutzutage immer weniger Bürger/innen in unserem Land an religiösen Themen interessiert sein, so prägt doch die seit Jahrhunderten bestehende Abwertung des Jüdischen Glaubens durch die christlichen Kirchen auch heute noch und mehr oder weniger bewusst die Einstellungen gegenüber dem Judentum.

¹⁶

<https://www.kas.de/documents/252038/22161843/Antisemitische+Einstellungen+in+Deutschland.pdf/cead70cb-a767-65f8-82a1-5f3537c409d1?version=1.0&t=1689845078953>

Jüdinnen und Juden hegen die Befürchtung, dass dieser jahrhundertealte Judenhasse wieder hoffähig werden könnte. Auf der Website der „Deutsch-Israelischen Gesellschaft“ (DIG) heißt es mit Blick auf eine Demonstration gegen Antisemitismus in Köln am 27.01.2024 dazu: „In Deutschland erleben Jüdinnen und Juden eine Welle judenfeindlicher Übergriffe. Und auch in Köln hat sich das Leben der Jüdinnen und Juden in gravierender Weise verschärft. Aber nicht nur der israelbezogene Judenhasse, sondern auch der tiefsitzende historische Judenhasse in der deutschen Mehrheitsgesellschaft macht den Kölner Jüdinnen und Juden große Sorgen. Darüber, dass der deutsche Antisemitismus wieder hoffähig ist und in diesem Ausmaß auf die Straßen getragen und skandiert wird.“¹⁷

Für den Bereich der Evangelischen Kirche muss die Haltung Martin Luthers gegenüber den Juden als eine wesentliche Quelle für Antijudaismus und Judenhasse identifiziert werden. Im Rahmen des Luther-Jubiläums 2017 wurde seine abweisende Haltung gegenüber dem Judentum noch einmal deutlich herausgearbeitet. Nahezu 500 Jahre lang prägte Luthers Verständnis von jüdischer Kultur das Denken und Handeln in den evangelischen Kirchen. „Luthers Blick auf die Juden war zwar Wandlungen unterworfen, doch an seiner negativen Grundhaltung änderte sich wenig – bis hin zur Forderung, Synagogen anzuzünden und die „verstockten“ Juden auszuweisen“¹⁸ In wissenschaftlichen und in offiziellen kirchlichen Äußerungen ist nun nach dem Schrecken des Holocaust in verstärktem Maße glücklicherweise ein Umdenken zu erkennen, das sich mit der theologischen Aufarbeitung der unsäglichen Luther-Ideologie noch weiter ausprägen muss.

Jesus ohne Christus – für eine Überarbeitung christlicher Dogmatik

Dass noch erheblicher Bedarf an Aufarbeitung besteht, wird z.B. auch in dem Aufsatz „Jesus ohne Christus“ im Publik-Forum 2/2024¹⁹ gefordert. Darin setzt sich Wolfgang Treitler, Fundamentaltheologie an der Universität Wien, für eine andere Sicht auf Jesus von Nazareth und die Geschichte von dogmatischen Lehraussagen über Jesus ein. Er greift zunächst auf den Theologen Friedrich-Wilhelm Marquart (1928 – 2002) zurück, der sich in seiner Dogmatik intensiv mit Jesus als Jude befasst, dessen Reden und Handeln nicht ohne seine Einbindung in die Geschichte und die Traditionen Israels verstanden werden können. Mit der Entwicklung der ersten Lehrformeln des Christentums, besonders seit dem Konzil von Nizäa 325 n.Chr., habe man sich jedoch von der Verwurzelung Jesu im Judentum gelöst und mit der Lehre vom „Gottmenschen verneint das Christentum das Judentum grundsätzlich“ (S. 33). Weil Lehrsätze in den Kirchen aber auch dahingehend bewertet werden müssten, welche Folgen sie nach sich ziehen, gelangt Treitler zu der Aussage „An der dogmatischen Christuslehre klebt das Blut zahlloser Menschen“ (S. 33). „Jesus war Jude und starb als Jude und reichte mit nichts übers Judentum hinaus“ (S. 35). Das durch Paulus und die ersten christlichen Gemeinden entwickelte Heidenchristentum sei heutzutage „ausgezehrt, ans Ende gekommen und weithin bedeutungslos geworden“ (S. 35).

Treitler benennt in seinem Aufsatz einige wesentliche Punkte, an denen christliche Theologie die Wurzeln ihres gewachsenen Antisemitismus aufzuarbeiten habe, wie zum Beispiel den „glasklaren Monotheismus (Jesu) ... nach dem sich das Vaterunser ... allein dem einzigen Gott zuwendet. Daher muss auch christliches Gebet allein von ebendiesem Gottesbezug

¹⁷ <https://www.deutsch-israelische-gesellschaft.de/dig-news/aktuelle-solidaritaetskundgebungen-mit-israel/>

¹⁸ <https://www.luther2017.de/de/wiki/martin-luther-und-die-juden/martin-luther-und-die-juden-fragen-und-antworten/>

¹⁹ Der Artikel steht Online nur im Abonnement zur Verfügung

Jesu und Israels gemessen sein. Ein Gebet zu Jesus ist ebenso ausgeschlossen wie eines zu Maria oder sonst einer geschöpflichen Instanz“ (S. 35).

Zum Schluß formuliert Treitler die zentrale Aussage für sein Ziel, Christentum und Judentum neu zu versöhnen und den unseligen Streit unter Geschwistern beizulegen: „Damit wäre das Christentum Teil eines unabsehbaren messianischen Prozesses, der alle, die von ihm mitgenommen werden, auf den Monotheismus Israels bezieht. Jesus wird dann verstehbar als Tor des Bundes, also als eine Ermöglichung, mit den jüdischen Gemeinschaften gemeinsam durch die Zeiten zu ziehen. Das entscheidend Neue an Jesus ist dann dies: durch ihn können Nichtjüdinnen und Nichtjuden mit der Glaubensgeschichte und Glaubensgewalt Israels verbunden werden.“ (S. 35).

Mag sein, dass Treitlers Aussagen ziemlich zugespitzt erscheinen und viele christliche Glaubensinhalte erschüttern. Aber Treitler ist nicht der Erste und auch nicht der Einzige, der über eine neue Sicht auf Jesus von Nazareth und seine jüdische Existenz nachdenkt. Besonders seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges arbeiten zahlreiche Theologen an Veränderungen im christlichen Selbstverständnis, und in zahlreichen Arbeitskreisen zum christlich-jüdischen Dialog bemüht man sich seit Langem um eine Verbesserung des Miteinanders von Kirche und Judentum und pflegt das gemeinsame Gespräch. Als Beispiel sei auch hingewiesen auf das Projekt „Antisemitismuskritische Bibelauslegungen“ der Evangelischen Akademie zu Berlin²⁰. Dieser Weg muss weiter fortgesetzt werden, nicht nur wegen einer weiteren Verbesserung des beiderseitigen Verstehens von Judentum und Christum. Sondern auch zur weiteren Klärung der eigenen Identität unseres christlichen Glaubens in unserer pluralistischen Gesellschaft.

Interreligiöse Gespräche mit Christen, Juden und Muslime

Klar ist darüber hinaus aber auch: im Grunde muss bei diesem Gespräch von Christentum und Judentum auch noch ein dritter Partner am Tisch sitzen: der Islam. Jesus von Nazareth spielt für Muslime eine besondere Rolle als einer der großen Propheten und Gesandten Allahs. Die drei großen Weltreligionen mit abrahamitischen Wurzeln tragen große Verantwortung für die Entwicklung einer Weltgemeinschaft, die von Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung geprägt ist. Judentum, Christentum und Islam sind Geschwister-Religionen und müssen lernen, den Rivalen nicht im anderen Geschwisterkind zu sehen, sondern dort zu identifizieren, wo Menschen sich gottlos verhalten, sich um eigenen Vorteils willen gegenseitig niedermachen, die Natur missbrauchen, sich unrechtmäßig bereichern, Menschenrechte unterdrücken etc.

Doch zum Schluß wieder zurück zu jenen Versuchen, die öffentliche Diskussion von Menschenrechtsverletzungen durch israelische Politik gegenüber Palästinensern/innen zu behindern. Ich glaube, es ist keine Utopie, dass hierzulande Juden und Nicht-Juden miteinander über die politischen Ausrichtungen der Regierung Israels diskutieren und ggf. auch streiten können: fair und sachlich, auf dem Boden der Jerusalemer Erklärung. Es können sehr spannende Gespräche sein, denn schließlich verfügt jede Seite über Informationen aus den Medien über die Lage in dem jeweils anderen Land. Und der Bedarf, miteinander in ein lebendiges Gespräch zu kommen, dürfte sehr groß sein.

²⁰ <https://www.eaberlin.de/themen/projekte/bildstoerungen/antisemitismuskritische-bibelauslegungen/>

Der freie Zugang zu unabhängigen Informationen, die Freiheit zur Bildung eigener Meinungen und zu deren öffentlicher Äußerung sind Voraussetzung für die Achtung der Würde des anderen Menschen

Im Übrigen: der Vortrags- und Gesprächsabend in Mannheim am 23.01.2024, zu dem die Nahostgruppe Mannheim eingeladen hatte, war sehr gut besucht und verlief in sehr ernsthafter Atmosphäre. Ein gutes Zeichen der Ermutigung für alle, die sich mit der schwierigen Lage in Israel/Palästina beschäftigen, denen das Ergehen der Menschen in dieser wunderschönen Region nicht gleichgültig ist und die sich in öffentlicher Form für eine friedliche Lösung der Konflikte einsetzen. Ein Zeichen dafür, dass wir hierzulande froh sein dürfen über 75 Jahre Grundgesetz und Demokratie. Lasst uns deshalb die Informations- und Meinungsfreiheit weiter lebendig halten! Sie stellt das Wissen zur Verfügung, das jede/r braucht, damit die Würde des Menschen unantastbar bleibt.

„Suche den Frieden und jage ihm nach“ (Psalm 34,15)

Eines muss uns allen klar sein: Menschen in den Kriegsgebieten dieser Erde, auch in Israel und in Gaza, sehnen sich nach Frieden. Wir sind hierzulande jeden Tag Augen- und Ohrenzeugen über die Auswirkungen von Hass, Unrecht und Gewalt. Lasst uns weiter dafür eintreten, dass Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung wachsen. Christen, Juden und Muslime vertrauen dazu auch auf die Kraft von Gebeten.